



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/214

Hinweise  
auf den Inhalt:

14  
18.9.57

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 7654-39

Fernschreiber 039 890

SPD und Mittelstandsblock	S. 1
Die sozialpolitische Lage in Frankreich	S. 3
Polnische Oder-Neiße-Propaganda	S. 4
Nachrichten aus der Tschechoslowakei	S. 6

## G e f ä h r l i c h e   A s p e k t e

(sp) Seit acht Tagen ist eine lebhafte Diskussion um die Frage der Zweckmäßigkeit einer mittelständischen Blockbildung mit ausgesprochen politischem Vorzeichen im Gange. Ausgangspunkt war die Gründung einer Art Aktionsgemeinschaft von Bauern, Handwerkern und Hausbesitzern. Das Schwergewicht liegt dabei von Beginn an bei den Bauern, und zwar durch ihre größere volkswirtschaftliche Substanz und Funktion, sowie durch die Persönlichkeit des Präsidenten der Bauernverbände, Andreas Hermes. Andererseits fehlt der Einzelhandel, traditionell ein wesentlicher Bestandteil des Begriffs Mittelstand.

Bei der Klärung dieses Begriffes aber beginnen bereits die Schwierigkeiten. Die soziologische Umschichtung im Deutschland der Nachkriegszeit hat dem alten Begriff einen ganz neuen Inhalt gegeben, wenn man ihn überhaupt noch gelten lassen will. Zumindesten sind die Grenzen der Begriffsbestimmung äußerst unklar und verschwommen, sie reichen vom Universitätsprofessor bis zum gehobenen Facharbeiter, vom Inhaber einer kleinen Schneiderwerkstatt bis zum Großbauern und vielfachem Hausbesitzer. Wo ist da die Gemeinsamkeit der Interessen ?

Es ist hier, so scheint uns, ein Wort mit gutem Klang für eine Vielzahl sich widersprechender berufständischer Interessen in Anspruch genommen worden. Wenn man diese in ihrer Struktur

absolut uneinheitliche Gruppe bewußt in Parallele bzw. in Gegensatz zu den Unternehmerverbänden und den Gewerkschaften gestellt hat, die ihrerseits sehr fest umrissene, geschlossene Gebilde sind, dann ergibt das ein ganz schiefes Bild. Noch wird die Absicht einer Parteigründung bestritten, vielleicht weil die Spuren der Wirtschaftspartei in der Weimarer Zeit die besonnenen Elemente der neuen Gruppierung schrecken mögen, und sie sich auch sagen dürften, daß eine solche Partei unter den heutigen Umständen noch weniger eine nennenswerte Chance hätte und im Laufe ihrer parlamentarischen Betätigung sehr schnell an ihrer uneinheitlichen, widerspruchsvollen Struktur eingehen müßte.

Von christlich-demokratischer Seite ist vor einer solchen möglichen Parteigründung mit dem Hinweis gewarnt worden, sie würde nur die "marxistischen" Kräfte fördern. Wäre dem so, dann müßte die Sozialdemokratie ja ein Interesse an einer solchen Gründung haben. Das Gegenteil aber ist der Fall. Sie lehnt die Aufspaltung des politischen Lebens in zahlreiche Gruppen mit berufsmäßig begrenzten Interessenbereich ab. Wenn sich die genannten drei Gruppen zu einer Art Zweckverband zusammengeschlossen haben, um ihren Wünschen durch Koordinierung erhöhtes Gewicht zu geben, so müssen sie selbst über die Zweckmäßigkeit eines solchen Verfahrens urteilen. Im Prinzip ist dagegen nichts einzuwenden.

Der Schaden für die Allgemeinheit aber tritt dann ein, wenn man versucht die Lösung einer vermeintlichen oder tatsächlichen wirtschaftlichen Notlage nicht in einem großen Rahmen nach übergeordneten Gesichtspunkten herbeizuführen, sondern durch die Befriedigung von spezifischen Berufs- und Standesinteressen, und wenn man dies auf dem Wege der Parteibildung tut, was unumgänglich zu einer Atomisierung des politischen Lebens führen muß. Darin liegt die große Gefahr solcher ständischen Blockbildungen, vor der man auf der Hut sein muß.

Sozialer Gewitterhimmel in Frankreich

A.F. - Paris

In der Vergangenheit erfolgten Lohnerhöhungen in Frankreich erst nach mehr oder weniger empfindlichen Streikbewegungen. Diesmal wollte die Regierung der Gefahr vorgreifen und bewilligte den Arbeitnehmern eine Lohnaufbesserung von 15 v.H. durch entsprechende Heraufsetzung des garantierten Mindestlohnes. Trotz dieses Zugeständnisses der Regierung gilt eine ausgedehnte Streikbewegung in den kommenden Wochen nicht als ausgeschlossen. Die Gewerkschaften forderten nämlich einmütig eine Erhöhung des Mindestlohnes um nicht weniger als 30 v.H. und äußerten sofort nach Veröffentlichung des Regierungsbeschlusses ihr starkes Mißvergnügen. In der Arbeiterschaft fühlt man sich betrogen, weil man der Überzeugung ist, daß in den letzten sechs Monaten die Preise wieder einmal viel stärker gestiegen sind als die Löhne. Die Richtigkeit dieses Gefühles ist bei dem Mangel an zuverlässigen Statistiken allerdings schwer zu beurteilen.

Zum ersten Mal seit der Spaltung der Einheitsgewerkschaft Ende 1947 besteht heute in Frankreich die Möglichkeit einer gewerkschaftlichen Einheitsfront, unabhängig von den politischen Überzeugungen, mit dem einzigen Ziel, die Lohnforderung der Arbeiter durchzusetzen. Selbstverständlich läßt sich die kommunistische C.G.T. diese Gelegenheit nicht entgehen, um den sozialen Frieden im Land möglichst zu stören und die Industrieproduktion erheblich zu hemmen. Die anderen Gewerkschaftsverbände sind aber psychologisch nicht in der Lage, die materiellen Forderungen ihrer Mitglieder etwaigen politischen Erwägungen unterzuordnen, besonders da sie bei der Untermehmerschaft nur auf geringes Verständnis stoßen. Allerdings sind die Gewerkschaften finanziell nicht stärker geworden und es ist schwer zu sehen, wie die französischen Arbeiter in der Lage sein sollen, eine längere Streikbewegung durchzuhalten. Es fehlt ihnen wohl auch an moralischer Stoßkraft. Entrüstung und Unzufriedenheit vermischen sich mit tiefgehender Hoffnungslosigkeit. Die Massen haben die Überzeugung, daß der Wettlauf zwischen Preisen

und Löhnen für sie von Anfang an verloren ist und jede Lohnerhöhung nichts anderes darstellt als eine kurzlebige Illusion. Es ist äußerst ermüdend, alle sechs Monate einen neuen Kampf um das Lebensminimum zu führen.

Diese Hoffnungslosigkeit kann sehr wohl zum Zündstoff einer sozialen Explosion werden. Aber auch durch sie ließe sich keine Lösung finden. Bei der gegebenen politischen und internationalen Konjunktur müssen die Erfolgsaussichten einer breiten Aktion der Arbeitermassen außerhalb des üblichen, legalen Rahmens als sehr gering angesehen werden. Dies umso mehr, als die Gewerkschaften mit falscher Frontstellung kämpfen. Sie verlangen einen höheren Anteil an dem im geglaubten Umfang nicht vorhandenen Industriegewinn-Kuchen und übersehen dabei, daß die Hauptnot der Arbeiterschaft ihre Quelle in den unwirtschaftlichen Zwischenhandelspreisen hat und in der absolut falschen Struktur des Warenverteilungs-Apparates.

+ + +

#### Rührige polnische Propaganda

C.H. Die in der Frage der Gebiete östlich Oder und Neiße sehr rührige polnische Propaganda hatte in der letzten Zeit zwei Anlässe, um noch größeren Alarm als sonst zu schlagen. Den einen Anlaß gab der amerikanische Hohe Kommissar McCloy, der, einem Bericht der "New York Herald Tribune" zufolge, während seiner Diskussion mit den nach Westberlin gekommenen Mitgliedern der FDJ gelegentlich der kommunistischen Weltjugendfestspiele erklärte, daß die gegenwärtige deutsch-polnische Grenze ungerecht sei und die Deutschen mit einer Befreiung Ostdeutschlands von der sowjetischen Herrschaft auf friedlichem Wege und mit einer Rückkehr der Gebiete, die heute östlich der deutsch-polnischen Grenze liegen, zu Deutschland rechnen können. Diese Erklärung löste eine Presse-Kampagne in den polnischen Zeitungen aus und außerdem hat der in London bestehende Politische Rat der Exilpolen ein Protestschreiben an den amerikanischen Außenminister Dean Acheson gesandt, in welchem behauptet wird, daß die Rückgabe dieser Gebiete an Deutschland "eine Wiederaufrichtung des militaristischen und chauvinistischen Preußens" zur Folge haben und

Wasser auf die Mühle der kommunistischen Propaganda sein würde. Die in London noch immer antierende polnische Exil-Regierung schwieg bisher zu der Erklärung McCloy's.

Eine Stellungnahme der in Westdeutschland erscheinenden Emigranten-Zeitung "Ostatnie Wiadomości" verdient besondere Beachtung. Unter Anknüpfung an die Verluste des deutschen Volkes durch Kriegshandlungen, Bombenangriffe, Vertreibung und die sonstigen Folgen des Krieges errechnet sie, daß Deutschland in 10 bis 20 Jahren angesichts seiner biologischen Schwäche nicht mehr in der Lage sein werde, die Gebiete jenseits der Oder und Neiße zu besiedeln. Aber gerade dieses Argument ist schlecht und zeugt von einer maßlosen menschlichen Kälte. Es schlägt außerdem auf den Argumentierenden zurück, weil infolge der auch für Polen so folgenschweren Kriegsergebnisse vor dem Kriege auf seiner Gebietsfläche von 389.684 qkm rund 34 Millionen Bewohner lebten, jetzt aber bei einer nur um 76.000 qkm kleineren, aber kulturell und wirtschaftlich erschlosseneren Raumfläche 10 Millionen Einwohner weniger vorhanden sind, d.h. nur 24 Millionen. Polen fehlen also schon heute die Menschen, deren biologischen Ausfall man sich für Deutschland in 20 Jahren errechnet.

Besonders aus dem Häuschen geraten sind die polnischen Emigranten-Organisationen über den zweiten Anlaß, den Versuch eines ehemaligen polnischen Hauptmanns, einen Kreis einsichtsvoller Polen um sich zu scharen und eine Verständigung mit den Deutschen in der Oder-Neiße-Frage zu suchen. Es geht hier weniger darum, wie weit dieser Versuch des ehemaligen polnischen Offiziers ernst zu nehmen und ob er der gegebene Gesprächspartner für eine so überaus delikate politische Angelegenheit ist. Bezeichnend ist nur, mit welcher schäumenden Wut sich die polnische Emigrantenführung über diesen Mann stürzt, der es wagt, "die Oder und Neiße an Deutschland zu verkaufen".

Stehen die polnischen Emigranten auch dem sowjetischen Regime in Polen sonst mit erbitterter Feindschaft gegenüber, so gehen sie doch in der Frage der deutschen Ostgebiete dem sowjetischen Imperialismus bedenkenlos zur Hand. Ihre Propaganda verfolgt das Ziel, die Westmächte von jedem Entgegenkommen in der Frage der Oder-Neiße-Gebiete gegenüber den Deutschen abzuhalten und einem schwachen Deutschland ein starkes Polen als Hüterin des Friedens in Mitteleuropa gegenüberzustellen.

Nachrichten aus der Tschechei:Dienstmädchen nur über 45 Jahre

Das tschechoslowakische Arbeitsministerium hat die Beschäftigung von jungen Mädchen als Hausgehilfinnen untersagt. Diese jungen weiblichen Kräfte müssen der Produktion, dem Verkehr, dem Handel und der Landwirtschaft zugeführt werden. Sucht eine Familie eine Hausgehilfin, muß sie viele Bedingungen erfüllen. Aussicht auf Zuteilung einer Hausgehilfin haben nur Familien, in denen beide Ehegatten in bestimmten Aktivistenberufen tätig sind, mehrere Kinder haben usf. Die Dienstfrauen, die in solchen Fällen zugeteilt werden, müssen mindestens 45 Jahre alt sein.

x

Verstaatlichte tschechische Advokaten

Die Rechtsstellung der Advokaten in der Tschechoslowakei wurde durch ein Gesetz neu geregelt. Danach wurden die bisher selbständigen Advokaten in 16 Kreisvereinigungen zusammengefaßt, die einem Zentralverband unterstehen. Als Mitglied einer Kreisvereinigung wird der Advokat irgendeiner "Rechtsberatungsstelle" zugeteilt, wo er ein Gehalt erhält. Daneben sind ihm Prämien "je nach Qualität seiner Arbeit" in Aussicht gestellt.

x

Erzbischof Beran im Kloster-KZ

Der Prager Erzbischof Dr. Josef Beran, der ursprünglich im Prager erzbischöflichen Palais unter Hausarrest und später im Jagdschloß Rozalov gefangengehalten worden war, ist nunmehr in das Kloster-KZ Nova Rise an der österreichischen Grenze überführt worden. Dort leben 250 Geistliche unter strengster Bewachung. Auch die letzten Mönche aus dem berühmten Prager Prämonstratenser-Kloster Strahow - das durch Dürers "Rosenkranzfest" bekannt ist - sollen in das Kloster-KZ abtransportiert worden sein.

x

---

Verantwortlich: Peter Raunau